

# Tabak-Arbeiter

Nr. 15 / Bremen, den 11. April 1925

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen.  
 — Monatlicher Bezugspreis 40 Goldmark ohne Belagerung ohn. — Anzeigenpreis  
 50 Goldmark für die vierzehntägige Zeit. — Schluß der Anzeigenannahme  
 und der Redaktion Montag abend. — Verantwortlicher Redakteur: F. Dahms.  
 — Veran: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, R. Delchmann. — Druck: Bremer  
 Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. H. Schmollfeldt & Co. — Sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20 I, Telefon:  
 Amt Roland 6046. — Geld- und Einzahlungsbefehle an Johannes Krohn, Bremen,  
 An der Weide 20 I. — Postcheckkonto 6349 beim Postcheckamt Hamburg. — Bank-  
 konto: Bankabteilung der Großhandelsbank Deutsche Kontowereine m. b. H.,  
 Hamburg. — Verbandsvorsitzender: R. Delchmann, Bremen, An der Weide 20 I.  
 — Verbandsauskunft: E. Schoene, Hamburg, Belendberhof 57, Zimmer 4546.

## Die Mitgliederbewegung im Jahre 1924.

Der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes hat von jeher Wert darauf gelegt, alljährlich einen Bericht über den Stand der Massenverhältnisse und die Entwicklung der Mitgliederbewegung zu geben. So erfahren die Mitglieder einmal, wie es um ihre Organisation bestellt ist, und zum andern wird ihnen dadurch Gelegenheit gegeben, nachzuprüfen, wo es im Organisationsleben fehlt und wo die bessernde Hand angelegt werden muß. Diese Vorteile überwiegen die Nachteile, die eine öffentliche Bekanntgabe des Mitgliederbestandes und der Massenverhältnisse zur Folge haben kann, denn die Unternehmer wissen meistens leider sowieso, wie stark oder wie schwach die gewerkschaftlichen Organisationen sind, und auch die gegnerischen Gewerkschaften können aus etwaigen ungünstigen Angaben kein Kapital schlagen, weil es bei ihnen selten besser, häufiger aber schlechter aussieht. Was hätten sie sonst für Ursache, entweder gar nicht über den Stand ihrer Organisation zu berichten oder ihren Mitgliedern nur die allerdürftigsten Angaben auf dem Wege über das Ausland zukommen zu lassen.

Der Abrechnung für das Jahr 1924 in der vorigen Nummer dieser Zeitung lassen wir jetzt eine Zusammenstellung über die Zahl der Mitglieder am Ende des Jahres 1924, getrennt nach der Geschlechts- und Klassenzugehörigkeit, folgen. Am Ende des Jahres 1924 zählte der Deutsche Tabakarbeiter-Verband Mitglieder:

	männlich	weiblich	zusammen
Klasse I	3 809	31 394	35 203
Klasse II	4 712	13 310	18 022
Klasse III	4 355	4 997	9 352
Klasse IV	3 074	1 061	4 135
	15 950	50 762	66 712

Auf die einzelnen Industriezweige verteilten sich diese Mitglieder folgendermaßen:

	männlich	weiblich	zusammen
Zigarrenindustrie	12 705	32 726	45 431
Zigarettenindustrie	1 371	14 760	16 131
Rauchtobakindustrie	750	1 650	2 400
Rautobakindustrie	949	1 308	2 257
Schnupftobakindustrie	96	234	330
Bergärbetriebe	50	74	124
Anderer Berufe	29	10	39
	15 950	50 762	66 712

Mitglieder am Ende des Jahres 1924, getrennt nach der Geschlechts- und Klassenzugehörigkeit, folgen. Am Ende des Jahres 1924 zählte der Deutsche Tabakarbeiter-Verband Mitglieder:

Gegenüber dem Bestand am Ende des Jahres 1923 ist die Zahl der Mitglieder um 15 222 zurückgegangen, und zwar um 11 924 in der Zigarrenindustrie, um 1348 in der Zigarettenindustrie und um 136 in den Bergärbetrieben und sonstigen Berufen. Zugewonnen hat die Mitgliederzahl nur in der Rautobakindustrie, und zwar um 155. Nun ist es nicht ausgeschlossen, daß die Zahl der Mitglieder in den einzelnen Industriezweigen hier und da eine kleine Verschiebung erfährt, wenn die auf der Betriebsfragebogen enthaltenen Angaben über die Berufszugehörigkeit zusammengestellt sind; mehrere Zahlstellen haben nämlich trotz wiederholter Aufforderung im „Tabak-Arbeiter“ nicht über die Berufszugehörigkeit der Mitglieder in der Quartalsabrechnung berichtet. Aus diesem Grunde unterlassen wir es vorläufig auch, auf die Mitgliederbewegung in den einzelnen Industriezweigen näher einzugehen und begnügen uns mit einer Würdigung des Gesamtergebnisses.

Wir beginnen mit einer kritischen Betrachtung der Verteilung der Mitglieder auf die einzelnen Beitragsklassen und finden dabei, daß am Jahreschluss mehr als die Hälfte aller Mitglieder der niedrigsten Beitragsklasse angehört hat. Das ist ein Zustand, der zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß gibt, und der auf dem schnellsten Wege beseitigt werden muß, wenn der Verband nicht dauernd Schaden leiden soll. Uns ist sehr wohl bekannt, daß die Löhne in allen Zweigen der Tabakindustrie unzureichend und aufbesserungsbedürftig waren und noch sind, aber so schlecht sind auch die Löhne am Ende des Jahres 1924 nicht gewesen, daß mehr als die Hälfte aller Mitglieder weniger als 10,50 M wöchentlich verdient hätte. Das ist nämlich der Höchstverdienst, der zur Zahlung des niedrigsten Wochenbeitrages berechtigt. Alle Mitglieder, die einen höheren Wochenverdienst hatten, mußten auch einer höheren Beitragsklasse angehören, wenn sie sich nicht nachsagen lassen wollten, ihre Pflicht gegenüber dem Verbandsmitgliedern, die auf dem Gebiete der Beitragsleistung gesündigt haben, nicht gering ist. Hoffentlich genügen diese wenigen Worte, alle Mitglieder zu veranlassen, von nun an den Verbandsbeitrag zu zahlen, der nach ihrem Verdienst in Betracht kommt. Mit einem Wochenbeitrag von 25 S kann man noch nicht einmal Zoll- und Steuererhöhungen abwehren, geschweige denn bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpfen.

Die Zahl der Mitglieder selbst ist, wie schon dargelegt wurde, im verflossenen Jahr um 15 222 zurückgegangen. Das ist ein Verlust, der durchaus nicht leicht genommen werden darf, und der es erforderlich macht, daß wir seine Ursachen ergründen. Nun ist bekannt, daß auch die meisten anderen Gewerkschaften — die christlichen noch mehr als die freien — einen Mitgliederabgang zu verzeichnen haben. Es müssen also Gründe allgemeiner Art vorhanden sein, auf die der Verlust an Mitgliedern zurückzuführen ist. Der Hauptgrund dürfte unserer Meinung nach darin zu suchen sein, daß nach dem Zusammenbruch im Jahre 1918 den Gewerkschaften große Massen zuflühten, die weder die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge kannten, noch von dem Wesen der Gewerkschaften eine Ahnung hatten. Für sie war die Gewerkschaft ein Automat, in den man einige Pfennige hineinsteckt, um ebenso viele Mark wieder herauszuholen. Die Gewerkschaften selbst waren durch die Fülle der von ihnen zu bewältigenden Aufgaben so in Anspruch genommen, daß sie sich der Schulung der neugewonnenen Mitglieder nicht in dem Maße widmen konnten, wie es im beiderseitigen Interesse notwendig gewesen wäre. Die Folgen dieser erzwingenmaßen ungenügenden Aufklärungsarbeit haben sich nach der Stabilisierung der Mark gezeigt. Als die Gewerkschaften nicht mehr alle acht oder vierzehn Tage eine Lohnbewegung machen konnten, waren sie nach Ansicht der ungeschulten Arbeiterinnen und Arbeiter überflüssig geworden. So erklärt sich in der Hauptsache der Mitgliederabgang im verflossenen Jahre.

Wenn wir etwas ausführlicher auf die Ursachen des Mitgliederabganges eingegangen sind, dann aus dem Grunde, um den Verbandsmitgliedern Gelegenheit zu geben, aus der Vergangenheit zu lernen. Alle Kräfte müssen angespannt werden, um diejenigen Berufsangehörigen, die jetzt noch der gewerkschaftlichen Organisation fernstehen, für unseren Verband zu gewinnen. Über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation gerade für die Tabakarbeiter wollen wir in diesem Augenblick kein Wort verlieren. Aber das möchten wir sagen, daß es mit der Aufnahme neuer Mitglieder allein nicht getan ist. Sollen keine Rückschläge wieder eintreten, dann müssen die neugewonnenen Mitglieder zu überzeugten Gewerkschaftern gemacht werden. An der hierzu nötigen Schulungsarbeit darf es nirgends fehlen; denn vorwärts müssen wir, trotz alledem.

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt uns, daß der gewerkschaftliche Gedanke trotz allen Rückschlägen doch Fortschritte ge-

macht hat, auch bei den Tabakarbeitern. Die höchste Mitgliederzahl des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes war in der Vorkriegszeit im Jahre 1912 zu verzeichnen. Damals waren 37 211 freigewerkschaftlich organisierte Tabakarbeiter vorhanden, und zwar 19 138 männliche und 18 053 weibliche. Bei einer wesentlich geringeren Gesamtarbeiterzahl hatte unser Verband am Ende des vergangenen Jahres 66 712 (15 950 männliche und 50 762 weibliche) Mitglieder, so daß es nicht übertrieben ist, wenn wir sagen, daß sich die Verhältniszahl der freigewerkschaftlich organisierten Tabakarbeiter seit der Vorkriegszeit mindestens verdoppelt hat. Aber auch nach einer anderen Richtung ist ein Vergleich der Mitgliederzahl des Jahres 1912 mit der des Jahres 1924 interessant. Er zeigt uns den ständigen Rückgang der Zahl der männlichen und die ständige Zunahme der Zahl der weiblichen Arbeitskräfte in der Tabakindustrie. Während nämlich im Jahre 1912 noch über die Hälfte (51,48 Prozent) der Verbandsmitglieder Männer waren, so ist dieser Prozentsatz bis zum Jahre 1924 auf 23,99 zurückgegangen. Auch das ist ein Grund mit, warum der gewerkschaftliche Gedanke bei der Tabakarbeiterschaft noch nicht Gemeingut geworden ist. Aber alles das darf kein Grund zur Mutlosigkeit und Untätigkeit sein. Im Gegenteil: Nun erst recht Organisations-, Agitations- und Schulungsarbeit! Es geht um die Zukunft der deutschen Tabakarbeiter.

## Kritik am neuen Reichsindex.

Von M. R e m p k e.

Das Ergebnis der Indexreform kann und wird weder bei der Arbeiterschaft noch den Angestellten oder Beamten befriedigen. Einige grobe Fehlerquellen des früheren Index sind zwar ganz oder teilweise beseitigt, bei anderen Mängeln ist eine systematische Beseitigung zugefagt und in Angriff genommen; aber einige der größten Fehler und Mängel hat man weiter auch in dem neuen Reichsindex bestehen lassen. Dem fortgesetzten Verlangen der Arbeitervertreter nach einer gründlichen Reform hat man nicht bloß von Unternehmerseite, sondern auch von einigen Reichsämtern beharrlichen und leider auch erfolgreichen Widerstand entgegengesetzt. Neben allerlei fadenscheinigen Gründen wurden als sachlich klingende Momente „methodische Bedenken, technische Schwierigkeiten“ und ähnliches dagegen ins Feld geführt. Nur der Vertreter des Reichsfinanzministeriums küstete mal ungerollt den Schleier von den wahren Gründen des Widerstandes, als er auf die Forderung der Arbeiterschaft auf Einbeziehung der Steuern und sozialen Beiträge kategorisch erklärte, daß für sie ein Reichsindex, der die Steuerbelastung berücksichtige, untragbar sei und nie anerkannt werden würde. Man weiß also auch dort ganz genau, in welcher stärker Weise Steuern und soziale Beiträge Beamte, Angestellte und Arbeiter belasten und der Reichsindex durch Einbeziehung dieser gesetzlich festgelegten Ausgaben emporschnellen würde. Diese Ausgaben werden daher auch im neuen Reichsindex nicht berücksichtigt.

Wenn demgegenüber das Reichsamt darauf hinweist, daß „zum Zwecke der Reallohnberechnung die Möglichkeit besteht, die Steuer- und Versicherungsbeiträge vom Lohn abzusetzen und den Restbetrag mit Hilfe der Lebenshaltungsindexziffer auf seine Kaufkraft umzurechnen,“ so ist das doch ein sehr schwacher Trost. Wenn auch selbstverständlich ist, daß nur so die Feststellung der Kaufkraft und ihr Vergleich mit der Vorkriegszeit möglich ist, so wäre es jedenfalls ebensogut möglich gewesen, diese Belastung gleich in die Indexzahl einzubeziehen.

Ebenso unberücksichtigt blieben auch die Anträge unserer Gewerkschaftsvertreter zur richtigen Bewertung der Wohnungsmiete. Obwohl von den Gewerkschaften immer wieder hervorgehoben wurde, daß neben der gesetzlichen Miete noch erhebliche Nebenausgaben für Reparaturen von den Mietern getragen werden müssen, lehnte man hier alle Versicherungsbeiträge ab. Auch die stark umstrittene Berechnungsmethode hat keine Aenderung erfahren.

Wesentliche Verbesserungen sind nur bei der Gruppe Ernährung und Bekleidung erzielt worden, sowie teilweise durch die Neueinbeziehung der Ausgaben für kulturelle und ähnliche Zwecke; die letzteren allerdings nur in sehr unzulänglichem Maße. Aber auch da haben es dienstbesessene Vertreter der Unternehmerinteressen verstanden, den sichtbaren Verbesserungen einen Werdefuß anzuhängen. So hat man beispielsweise bei der Gruppe Ernährung „zur richtigen Preisfeststellung“ Salz in ziemlich reichlicher Menge, nämlich vier Pfund, eingefügt, weil Salz wohl unter allen Lebens- und Genussmitteln das einzige ist, das 40 bis 50 Prozent unter dem Friedenspreis steht. Wie wenig objektiv das Statistische Reichs-

amt auch bei der Gruppe Bekleidung bisher verfuhr und wie notwendig daher die Reform des Index geworden ist, dafür noch ein paar klassische Beispiele: Für einen einreihigen Herrenanzug aus Forster Stoff hatte man für 1914 einen Preis von 35 Mark eingefügt. Nach übereinstimmender Ansicht der Fachleute, auch der Unternehmer, lag der Preis eines solchen Anzugs damals jedoch nur zwischen 20—25 Mark, im Durchschnitt also rund 23 Mark, er war also mit 12 Mark zu hoch angelegt. Dann weiter: ein Paar lange englische baumwollene Frauenstrümpfe mittlerer Qualität waren für 1914 mit 1 Mark eingefügt, während man in Wirklichkeit dafür nur 38—42 Pfg. gezahlt hat. Aber geradezu grotesk mutet ein dritter Fall an: Ein wollener Frauencheviotrock in mittlerer Qualität stand für 1914 mit 14 Mark, für Januar 1925 dagegen nur mit 8,50 Mark eingefügt. Nach einer Erklärung dieser auffallenden Erscheinung befragt, wurde allen Ernstes von amtlicher Seite angeführt, daß für den 1914 lang und weit getragenen Rock vier Meter Stoff berechnet wurden, dagegen für den jetzt modernen engen und kurzen Rock nur 2,50 Meter eingestellt worden sind! Daß bei derartigen Maximen der Bekleidungsindex des Statistischen Reichsamts nur um 145 herum schwankte, während der Großhandelsindex für Textilwaren zu gleicher Zeit auf 200 stand, ist denn wirklich nicht mehr verwunderlich. Die jetzt erreichte Korrektur der Vorkriegspreise und Neufestsetzung des Quantums mehr hochwertiger Gegenstände ist daher bei der Gruppe Bekleidung besonders wertvoll. Ebenso hat auch die Ernährungsquote eine wesentliche Verbesserung erfahren. Nur macht sich hierbei notwendig, daß die Friedenspreise für die einzelnen Lebensmittel fortgesetzt einer schärferen Kontrolle und Revision unterzogen werden. Denn der Mangel einer vergleichbaren Preisstatistik aus der Vorkriegszeit macht es unmöglich, hier alle Fehler bei der Neuaufstellung zu beseitigen. Der Beseitigung dieser Mängel muß daher in den nächsten Monaten von den Gewerkschaftsvertretern ganz besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden.

Wenn der neue Reichsindex für den Durchschnitt des Monats Februar sich nur auf 135,6 erhöht, während er nach der alten Berechnung 125,1 ergab, so kann das nach den oben erwähnten Mängeln nicht überraschen. Es ergibt sich allerdings hieraus, daß schon der alte Reichsindex die Teuerung um 10 Prozent zu gering angab. Aber auch der neue bleibt nach objektiver Würdigung aller Umstände um mindestens 10—20 Prozent hinter dem tatsächlichen Teuerungsstand zurück. Hätte man die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft zur gründlichen Beseitigung der Mängel des Reichsindex berücksichtigt, dann ergäbe sich für Februar nicht ein Durchschnittsindex von 135,6, sondern wahrscheinlich von 160—170. Der neue Reichsindex gibt wie der alte den wirklichen Teuerungszustand nicht richtig wieder und bildet wie dieser eine Gefahr, der Lohnprellerei weiter Vorschub zu leisten. Die Arbeiterschaft hat also alle Ursache dazu, auch den neuen amtlichen Teuerungsziffern gegenüber sich sehr kritisch einzustellen.

## Lohn- und Tariffbewegungen.

### Aus der Rauch- und Schnupftabakindustrie.

#### Einreichung einer Lohnforderung.

Immer häufiger und immer dringender haben die Rauchtabak- und Schnupftabakarbeiter in der letzten Zeit darauf hingewiesen, daß die jetzt gezahlten Löhne nach jeder Richtung hin unzulänglich sind. Die Leitungen der drei Tabakarbeiterverbände haben sich deshalb verständigt, dem Rauchtabak- und Schnupftabak-Verband eine entsprechende Lohnforderung zu unterbreiten. An den Rauchtabak- und Schnupftabakarbeitern wird es nun liegen, durch rege Agitations- und Organisationsarbeit der eingereichten Lohnforderung den nötigen Nachdruck zu verleihen.

### Aus der Zigarettenindustrie.

Hamburg. Vom 2. April an erhalten an Wochenlohn: M ä n n - l i c h e im Alter von unter 18 Jahren 22 M., von 18 bis 21 Jahren 31 M., von über 21 Jahren 39 M. und Tabakschneider 43,50 M. W e i b - l i c h e im Alter von unter 16 Jahren 14,50 M., von 16 bis 18 Jahren 17,50 M., von 18 bis 20 Jahren 21 M. und von über 20 Jahren 24 M. Arbeiterinnen im Tabak- und Maschinenfabrik erhalten einen wöchentlichen Zuschlag von 1,50 M. Die Mindestlohnsätze werden um 8% Proz. erhöht.

### Aus der Raufabakindustrie.

Hann.-Münden. Die am 15. Oktober 1924 vereinbarten Löhne werden erhöht für die Stücklohnarbeiter außer den Röllchenpressern um 7% Prozent und für die Zeitlohnarbeiter um 12% Prozent. Diese Löhne sind erstmalig am Lohnzahlungstag nach dem 29. März 1925 zahlbar.

## Gegen die Tabaksteuer.

Im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 13 wurde in einem Bericht über Tabakarbeiterversammlungen in Unterbaden mitgeteilt, daß den süddeutschen Landesregierungen von den zuständigen Gauleitungen unseres Verbandes eine Eingabe gegen die geplante Erhöhung des Tabakzolles und der Tabaksteuer übermittelt worden ist. Die Eingabe hat folgenden Wortlaut:

Die unterzeichneten Gauleitungen des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes in Heidelberg und Offenburg gestatten sich an die Regierung das dringende Ersuchen zu stellen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß von einer weiteren Belastung der Tabakindustrie durch Steuern oder Zölle Abstand genommen wird.

### Begründung:

Besonders seit der letzten Steuerregelung ist die Tabakindustrie in ihrer Existenz sehr erschüttert worden.

Auf Grund der geringen Einkommen von 80 Prozent der Bevölkerung ist die Inlands-Kaufkraft so geschwächt, daß der Konsum von Tabakfabrikaten seit geraumer Zeit fortgesetzt zurückgegangen ist.

Eine weitere Belastung würde den Konsum fast erdroffeln. Was wäre die Folge?

Weitere Produktionseinschränkungen, gleichbedeutend von Arbeitszeitverkürzungen, Stilllegungen von Betrieben und Entlassungen von Arbeitskräften, also größere Arbeitslosigkeit.

Wir erlauben uns aufmerksam zu machen, daß seit der letzten Tabaksteuerregelung im Jahre 1921 bis zum Schlusse des Jahres 1923 nach dem Bericht der Tabakberufsgenossenschaft die Zahl der Tabakarbeiter in Deutschland von 169 340 auf 103 405 zurückgegangen ist.

In demselben Zeitraum ist im berufsgenossenschaftlichen Bezirk 5, dazu gehört der Freistaat Baden und die übrigen süddeutschen Staaten, die Zahl der Tabakarbeiter von 57 966 auf 36 688 zurückgegangen.

Ohne weiteres steht fest, daß im Jahre 1924 die Produktion, also auch die Arbeiterzahl weiter zurückgegangen ist.

Jede geringfügige Erhöhung der Tabaksteuer oder des Zolles würde diesen Zustand noch verschlimmern.

Der Regierung wird sicherlich bekannt sein, wie die Verhältnisse in den meisten Tabakindustriecorten liegen.

Fast überall Kurzarbeit, oder periodisches Aussetzen der Arbeit und viele gänzlich arbeitslose Tabakarbeiter.

Die gegenwärtige Erwerbslosenfürsorge kommt auf Grund der mangelhaften Bestimmungen nur für ein Bruchteil von Tabakararbeitern in Betracht.

Grund dessen sind die wirtschaftlichen Verhältnisse für die Tabakarbeitererschaft seit geraumer Zeit unerträglich geworden.

Weiter geht es nicht mehr.

Die an den einzelnen Orten vorhandenen und noch kommenden arbeitslosen Tabakarbeiter, meistens sonst mittellos, können in anderen Berufen am Ort oder in nächster Umgebung nicht untergebracht werden, weil andere Industrie nicht vorhanden ist.

Auch ist zu berücksichtigen, daß viele Tabakarbeiter auf Grund ihres Körperzustandes sich für andere Industrien nicht eignen.

Die Folge ist deshalb bestimmt eine weitere Verarmung und Verelendung der Tabakarbeitererschaft bei der geringsten weiteren steuerlichen Belastung der Tabakindustrie.

Außerdem wird noch der Aufstieg der Tabakarbeiterschaft zu besseren Lohnverhältnissen erschwert. Die beständige Reservearmee von Arbeitskräften wird stets einen gewissen Lohndruck bedeuten.

Die von der Regierung geplante Erhöhung der Tabaksteuer hätte weiter zur Folge einen Ausfall von direkten Steuern und auf der anderen Seite größere Ausgaben an Arbeitslosigkeit usw.

Ob diese Nachteile auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet durch die beabsichtigte Mehrbelastung aufgewogen werden können, ist vollständig ausgeschlossen.

Die unterzeichneten Gauleitungen des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, zuständig für die süddeutschen Staaten, appellieren an die einzelnen Landesregierungen, im Interesse der Tabakindustrie und der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen dahin wirken zu wollen, daß die Gesamtabakindustrie von einer weiteren steuerlichen Belastung verschont bleibt.

In der Annahme, daß der Notschrei der Tabakarbeiterschaft bei den einzelnen Landesregierungen eine Berücksichtigung findet

zeichnet  
für den Gau Heidelberg und Offenburg  
(folgt Unterschrift).

## Aus dem Tabakgewerbe.

### Die Tabaksteuer vor dem Reichswirtschaftsrat.

Der Finanzpolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich am 3. April auch mit der von der Regierung beantragten Erhöhung der Tabaksteuer und des Tabakzolles. Mit 14 gegen 13 Stimmen lehnte er die Regierungsvorlage ab. Die schwache Mehrheit zeigt, daß noch recht viel Aufklärungsarbeit zu leisten ist, damit der Regierungsvorlage im Reichstag das wohlverdiente Schicksal bereitet wird. Vom Finanzpolitischen Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats wurde dann noch angeregt, Mittel zur Hebung des einheimischen Tabakbaues in ausreichender Höhe in den Etat einzustellen.

## Etwas von der russischen Tabakindustrie.

In unserem schwedischen Bruderorgan „Tabakarbetaren“ schildert ein Kollege S. N—er, der in Rußland war, seine dortigen Wahrnehmungen. Dabei kommt er auch auf die Verhältnisse in der russischen Tabakindustrie zu sprechen. Nach seinen Angaben verdienen die russischen Tabakarbeiter im Mai vorigen Jahres durchschnittlich 54 Rubel und 4 Kopeken, oder nach deutschem Gelde 120,51 M. Mit dem Vertrauensmann der russischen Tabakarbeiterorganisation besichtigte unser Kollege S. N—er einige Fabriken in Leningrad (Petersburg). In der Zigarrenfabrik verdienen die weiblichen Arbeitskräfte monatlich 124,41 M bis 158,34 M und die männlichen Arbeitskräfte 135,72 Mark bis 203,58 M. Bei einer täglichen Arbeitszeit von 7 Stunden werden von jeder Arbeitskraft durchschnittlich 200 bis 250 Formzigarren hergestellt. In einer besichtigten Zigarettenfabrik wurden bei einer Belegschaft von 2800 Personen täglich 20 Millionen Zigaretten angefertigt. Eine Hilfsmaschine stellt täglich 55 000 bis 60 000 Zigaretten her. Die im Betriebe vorhandenen Stopfmaschinen werden von je einer Arbeiterin bedient. Für zwölf solcher Maschinen ist ein Mechaniker angestellt, der einen monatlichen Verdienst von 271,68 M hat. Die Direktoren dieser Fabrik bekommen monatlich 429,78 M. In sämtlichen Zigarettenfabriken werden täglich 40 Millionen bis 50 Millionen Zigaretten hergestellt. Erwähnenswert ist noch, daß die Zigarettenarbeiter nach Nationen getrennt arbeiten, während in den Zigarrenfabriken alle vertretenen Nationen zusammensitzen.

Wenn unser Kollege S. N—er auch Angaben über die Preise einzelner Lebensmittel und Bedarfsartikel macht, so fehlen doch Mitteilungen über die Gesamtlebenshaltungskosten in Leningrad. Angaben hierüber wären aber notwendig, um einen Vergleich der Löhne der russischen Tabakarbeiter mit den Löhnen der deutschen Tabakarbeiter anstellen zu können.

### Steuerabzug vom Heimarbeiterlohn.

Im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 13 teilten wir einen Entscheid des Landesfinanzamtes Unterelbe mit, wonach der Heimarbeiterzuschlag in der Tabakindustrie ebenso behandelt wird, wie die im Erlaß des Herrn Reichsministers der Finanzen vom 24. Januar 1924, III C 2 160 bezeichneten Auslagen, also als Vergütung für bare Auslagen anerkannt wird. Deshalb bleibt der Zuschlag von vornherein bei der Berechnung des einzubehaltenden Steuerbetrags außer Ansatz, wenn er nur in einer solchen Höhe gezahlt wird, daß er unzweifelhaft nur zur Deckungbarer Auslagen ausreichen kann und soweit er 15 v. H. des verdienten Arbeitslohnes nicht übersteigt. Rückwirkende Kraft kommt dieser Regelung jedoch nicht zu, sie gilt nur für künftige Lohnzahlungen. In der gleichen Angelegenheit hat jetzt der Präsident des Landesfinanzamtes Schleswig-Holstein folgende zustimmende Entscheidung getroffen:

Auf Ihre Eingaben vom 17. Februar und 21. März 1925 will ich mich im Interesse der Gleichmäßigkeit damit einverstanden erklären, daß der Heimarbeiterzuschlag auch im hiesigen Bezirk entsprechend der im Schreiben vom 21. März 1925 abgeschrieben mitgeteilten Entscheidung des Herrn Präsidenten des Landesfinanzamtes Unterelbe und unter den in dieser Entscheidung näher bezeichneten Voraussetzungen vom Steuerabzug freibleibt.

Die beiden gleichartigen Entscheidungen der zuständigen Landesfinanzämter für das Hamburg-Altonaer Wirtschaftsgebiet schaffen somit gleichartige Behandlung für die Kollegenerschaft, egal auf welcher Seite der Grenzpfähle sie beschäftigt oder wohnhaft sind. Den Vertrauensleuten der in Schleswig-Holstein beschäftigten Heimarbeiter obliegt es jetzt, bei ihren Unternehmern dafür Sorge zu tragen, daß entsprechend der Entscheide der Unkostenzuschlag bei der Berechnung des Steuerabzuges außer Ansatz bleibt.

## Rundschau.

### Hartes Lehrgeld.

Wie die „Textilarbeiterzeitung“ mitteilt, schrieb ein Unorganisierter an die Verbandsleitung am Orte folgenden Brief: U r a ch, 29. Oktober 1924.

„Wenn ich mehr Lohn brauche, so bin ich immer noch der Mann, mit der Firma selbst zu verhandeln. Was nützt mich der Verband? Nichts! Zu was dient der Verband? Zu nichts! Und was ist er? Nichts! Trete also nicht in den Verband ein.“

O t t o H u b e r, U r a ch.

Einige Wochen später wurde dieser Huber von seinem Unternehmer mit Ohrseigen und Fußtritten bedient. Huber hat deshalb seine Stelle aufgegeben und hat vor dem Gewerbegericht auf Entschädigung geklagt. Seine Klage ist abgewiesen. Jetzt hat der Huber auch wieder den Weg zum Verband gefunden. Hätte er dem Rufe im Oktober Folge gegeben, wäre ihm das teure Lehrgeld erspart geblieben, weil die Gewerkschafter ihre Mitglieder gegen solche Brutalitäten zu schützen wissen.

## Verbandsteil.

Am 11. April ist der 15. Wochenbeitrag fällig.

Vergeht es nicht!

Die Statistikkarte, die Quartalsabrechnung, die überschüssigen Verbandsgelder und die ungültigen Beitragsmarken müssen sofort an den Vorstand in Bremen geschickt werden. Die Namen der Zahlstellen, deren Leitung ihren Verpflichtungen nicht rechtzeitig nachkommt, werden im „Tabak-Arbeiter“ bekanntgegeben.

Gesucht werden:

Zwei tüchtige Roller und zwei Wickelmacher nach der Grenzmark.  
Nachaufträgen bei Georg Fischer, Berlin SO. 36, Ratiborstr. 3 I.

Adressenänderung:

Gau Köln: Gauleiter Wilh. Müller wohnt jetzt Köln-Nippes, Gellertstraße 38.

Folgende Gelder sind eingegangen:

2. März. Niederbedfen 299,30. Ennigloh 600,—.  
4. Gießen 100,—. Kl.-Krohenburg 134,—.  
6. Kl.-Krohenburg 100,—.  
15. Sonneborn 75,—.  
25. Sunnebrod 200,—.  
26. Dresden 2000,—. Hohenhausen 160,—. Neudamm 100,—.  
Gmünd 70,—.  
27. Eichwege 400,—. Halberstadt 100,—. Dingelstädt 42,80. Benig 25,—. Nauen 25,—. Breslau 500,—. Zell 15,—. Schorndorf 100,—. Bischofswerda 150,—. Orlau 100,—. Kahla 40,—. Gundelsheim 30,—.  
28. Pfaffenhofen 250,—. Hall 30,—. Freiberg 200,—. Altenburg 100,—. Moringen 25,—. Heppenheim 50,—. Rehme 180,—. Salzunggen 80,—. Karlsruhe 48,45. Heidingsfeld 30,—. Pfungstadt 120,—. Würzburg 100,—. Gschlenbed 600,—. Frankenstein 21,68. Soest 50,—. Hanau 50,—. Grimma 150,—. Neusalz 50,—. Beerfelden 18,—. Bingen 240,—. Hamburg 300,—. Waldheim 1700,—. Biberach-Riß 15,—. Krant.-Crumbach 31,97. Finsterwalde 150,—. Seiffenhensdorf 100,—. Köln 720,—.  
29. Schutterzell 10,—. Schutterwald 3,15. Biedenbach 35,—. Brotterode 600,—. Gebelke 46,25. Stuttgart 143,79.  
30. Jiddichow 76,80. Briebus 10,—. Zerbst 18,—. Dillenburg 45,64. Heidelberg 200,—. Westeringer 200,—. Lübbecke 250,—. Ennigloh 680,—. Frankfurt a. M. 60,—. Heidenheim 150,—. Brücken 7,80. Neulupheim 35,—. Bamberg 121,60. Schöneck 270,—. Forst i. B. 30,—. Egenitz 50,—. Sommerfeld 25,—. Cottbus 36,90. Dresden 800,—.  
31. Bremen 100,—. Gießen 101,82. Heilberg 309,—. Kl.-Alheim 73,70. Dünne 220,—. Minden 270,—. Begejad 33,—. Mannheim 100,—. Derlinghausen 80,—. Blotho 300,—. Herringhausen 81,—. Nordhausen 700,—. Wusterhausen 15,—. Schwedt 600,—. Berlin 1000,—. Brieg 270,—. Mainz 170,—. Lauffen 153,64. Kl.-Schmaltden 100,—. Neufreistett 100,—. Heidelberg 100,—. Oberweiler 80,80. Bentorf 75,—. Schönberg 65,—. Dinglingen 19,—. Lützenau 3,65. Hartha 800,—. Lunzenau 40,—. Berlin 1400,—. Kl.-Krohenburg 169,—.  
1. April. Heidelberg 250,—. Kellinggen 32,—. Eberbach 75,—. Peterswaldau 30,—. Kirrlach 25,73. München 2000,—.  
2. Wigenhausen 130,—. Alsfeld 57,90. Naunhof 70,—. Rosbach 25,05. Lannenberg 30,—. Karichin 33,20. Coburg 24,—.  
3. Südhennern 100,—. Bernburg 65,—. Vermont 400,—. Hannover 150,—. Eibing 1500,—.  
4. Hamburg 150,—.

Bremen, den 7. April 1925.

J. Krohn.

## Gestorben sind:

- Am 7. Januar der Zigarrenarbeiter Theodor Kanjen, 61 Jahre alt.  
Am 7. Februar der Zigarrenarbeiter Wilh. Hardsmeyer, 53 Jahre alt.  
Am 7. März die Wickelmacherin Marie Meise, 17 Jahre alt (Zahlstelle Blotho).  
Am 6. März die Zigarrenarbeiterin Lina Schiemenz (Zahlstelle Weissen).  
Am 19. März der Kollege Georg Kaush, 24 Jahre alt (Zahlstelle Neulupheim).  
Am 23. März der Zigarrenarbeiter Hermann Büden (Zahlstelle Derlinghausen).  
Am 24. März die Zigarrenarbeiterin Anna Oidenbürger, 34 Jahre alt (Zahlstelle Spenge).  
Am 30. März die Juristlerin Ernestine Schreiber, 53 Jahre alt (Zahlstelle Eichwege).

Ehre ihrem Andenken!

## Billige, böhmische Bettfedern



1 Kilo graue, geschlossene G.-M. 3,—, halbweiße G.-M. 4,—, weiße G.-M. 5,—, bessere G.-M. 6,—, 7,—, daunenweiche G.-M. 8,—, 10,—, beste Sorte G.-M. 12,—, 14,—, weiße, ungeschlossene Kuppfedern G.-M. 7,50, 8,50, beste Sorte G.-M. 10,—. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.  
Benzdiki Sad sel, Lobes 245 b, Pilsen-Böhm.



## Kappel-Schreib-Maschinen

unerreicht in Schnelligkeit!

Vertreter: **J. Strafen & Co.**

Bremen, Jacobstraße 4.

## L. COHN & CO.

Gegr. 1870

BERLIN N.

Gegr. 1870

Brunnenstrasse 24

Deutschlands grösstes Wickelformen-Lager

## Roh-Tabake

Tabakliste T B  
Wickelformenmodellbogen  
und Preise T B

auf Wunsch  
kostenlos

## ROH-TABAK

Als besonders preiswert empfehle

Sum. Deck	Wickl.	2. Lge.	3. Lge.	4. Lge.	Wt.
		Mt. 4,50	3,20		1,40
		Mt. 1,90	1,70		1,30
	Stückl.	Mt. 1,35			1,30
		Mt. 3,50			0,90
		Mt. 2,—			0,90
Berstedt	Deck	1. Lge.	1,85		1,20
		2. Lge.	2,35		1,—
		3. Lge.	2,90		1,—
		4. Lge.	1,70		1,—
		1. Lge.	1,30		2,—
		2. Lge.	1,25		

Vorstehende Preise sind inkl. Zoll per 1/2 kg. Versand nur an vollständig angemeldete Verarbeiter gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages. Jedes Quantum wird geliefert.

**Friedrich Mester :: Bremen**

Am Brill 7

Postcheckkonto Hamburg 10127

Unserm Kollegen

**Paul Schulz**  
nebst Ehefrau

zu ihrer am 17. April stattfindenden  
**Silber-Hochzeit**

die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kolleginnen u. Kollegen  
der Zahist, Schwerin a. W.

## Einmalige Gelegenheit !!

Vollständ. Zigarrenfabrik-Einrichtung (Formen, Pressen, Rollbreiter usw.) fast neu, für 600 Mark zu verkaufen. Anfragen unter **Nr. 2** an die Expedition dieses Blattes.

Kollegen u. Kolleginnen  
werbt unermüdet für den Verband!

## Vereinfachung des Verfahrens bei Entlassungs- streitigkeiten aus dem Betriebsrätegesetz.

In mittleren und großen Betrieben ist es für die Gruppenräte eine erhebliche Belastung, die Einsprüche gegen Entlassungen in einer Weise zu erledigen, daß die Interessen der betroffenen Arbeiter oder Angestellten immer gewahrt werden. In dem Reichsgerichtsurteil vom 16. Februar 1923 III. 182. 1922 wird die Ansicht vertreten, daß die Wochenfrist gemäß § 86 BGG. am Tage nach dem Einspruch zu laufen beginnt. Wenn auch diese Ansicht nicht unwidersprochen ist und bleiben kann, so besteht doch die Gefahr, daß die unteren Gerichte nach dieser Auffassung des höchsten deutschen Gerichtes verfahren und bei Nichtbeachtung dieser Frist eine Klage abweisen. Dadurch würde der betroffene Arbeiter um seine Rechte kommen und das muß unter allen Umständen vermieden werden.

Aber eine Betriebsvertretung, welche viele Einsprüche zu erledigen hat, gerät hierdurch in Zeitnot, denn sie muß in dieser einen Woche zu dem Einspruch des Entlassenen Stellung nehmen und das kann nur in einer Sitzung des Gruppenrates geschehen, die nach § 32 eingeladen ist und worüber nach § 33 ein Protokoll zu führen ist. Dann folgen die Verständigungsverhandlungen mit dem Unternehmer, der nach § 29 Absatz 3 zu laden ist und wobei sich auch die vorgenannten Handlungen erneut nötig machen. Kommen täglich Entlassungen vor, dann ist es fast nicht möglich, daß die Gruppenräte die Formalien einhalten können, zumal dieselben ihre Aufgaben meist auch noch außerhalb der Arbeitszeit erledigen müssen. Geschieht das alles nicht, dann kommt der Entlassene durch die Schuld des Gruppenrates um seine Rechte und er kann denselben gemäß § 826 BGB. unter Umständen auch noch auf Schadenersatz verklagen.

Was stelle sich vor, daß ein Gruppenrat aus 12 bis 30 Personen besteht und mache sich ein Bild von der Arbeit und dem Zeitverlust, die durch ein solches Verfahren entstehen. Es kann ruhig ausgesprochen werden, daß in sehr vielen Fällen ein formloseres Verfahren gewählt worden ist. Bei Anrufung des Arbeitsgerichtes machten weder der Vertreter des Gruppenrates noch der Unternehmer einen Einwand geltend und etwaige Ermittlungen des Gerichtes wurden von beiden Parteien dadurch abgeschnitten, daß dieselben übereinstimmend erklärten, es sei nach dem BGG. verfahren worden, auch wenn nicht der gesamte Gruppenrat beteiligt war. Aber ebenso oft machte der Unternehmer den Einwand der Unzuständigkeit des Arbeitsgerichtes, weil das Verfahren im Betriebe nicht den Vorschriften des BGG. entsprochen habe oder das Gericht konnte dies aus eigenem Antrieb feststellen. Das Resultat war die Abweisung des Entlassenen. Ein Arbeiter oder ein Angestellter kam um seine Rechte.

Diese Möglichkeiten und Zustände sind höchst unerfreulich. Darum muß jeder gangbare Ausweg denkbar begrüßt werden. Der Einspruch selbst muß wohl oder übel von dem Gruppenrat in seiner Gesamtheit geprüft werden, denn es ist wichtig, daß alle Mitglieder ihr Urteil über eine Entlassung abgeben, außerdem ist ein Beschluß über die Verechtigung des Einspruches zu fassen und dieser kann nur unter Beachtung der §§ 32 33 erfolgen. Dagegen kann man sich sehr wohl denken, daß auf der Grundlage dieses Beschlusses die Verständigungsverhandlungen mit dem Unternehmer auch von einigen delegierten Mitgliedern des Gruppenrates geführt werden könnten. Das hat den Vorteil, daß sich leichter eine Abrede mit dem Unternehmer erzielen läßt, diese Verhandlungen mit demselben während der Arbeitszeit zu führen und daß die Arbeit unter die Mitglieder des Gruppenrates verteilt werden kann, so daß die Belastung des einzelnen sich in erträglichen Grenzen hält. Die Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht führt im Regelfalle sowieso nach § 28 nur der Vorsitzende oder der von ihm bestimmte Vertreter. Schon hieraus rechtfertigt sich die Vereinfachung bereits in der zweiten Instanz.

In einem für die Betriebsräte sehr wertvollen Buche von Bick und Weigert:

„Die Praxis des Arbeitsrechts“ (Verlag Reimar Hobbing, Berlin), das sehr viele Einwände für alle Handlungen aus dem BGG. enthält, befindet sich Seite 65 folgender Protokollentwurf: „Es wurde der Einspruch des Arbeitnehmers H. H. gegen seine Kündigung verlesen. Der Arbeiterrat erachtet auf Grund des Einspruches die Anrufung für begründet. Der Vorsitzende und zwei weitere Mitglieder des Arbeiterrates werden ermächtigt, eine Verständigung mit dem Unternehmer herbeizuführen.“

Hier wird also ein Delegationsystem empfohlen. Inzwischen ist ein Urteil des Kammergerichts, 8. Zivilkammer, 8. U. 5037/24 vom 28. Juni 1924 bekanntgeworden, in welchem sich nachstehende Feststellung befindet:

Das im § 86 Absatz 1 als Vorbedingung für die Anrufung des Arbeitsgerichtes gemeinte Vermittlungsverfahren des Betriebsrates fällt grundsätzlich unter § 29 BGG., insbesondere unter dessen Absatz 3 daselbst. § 28 hat die Vertretung des Betriebsrates gegenüber dem Arbeitgeber im Geschäftsverkehr, nicht aber die Vornahme einer Vermittlungsverhandlung im Auge. Auch ist das Verständigungsverfahren des § 86 zum Nutzen beider Teile geschaffen, so daß sich auf seinen Mangel nicht bloß der Arbeitnehmer, sondern auch der Arbeitgeber berufen kann. Nun läßt sich zwar ferner immerhin, da die genaue Durchführung des Verfahrens mit vollbelegtem Betriebsrat gemäß § 29 in jedem einzelnen Entlassungsfall tatsächlich schwer zu verwirklichen ist, annehmen, daß der Betriebsrat durch Vereinbarung mit dem Arbeitgeber auf Grund des § 34 a a D. ein vereinfachtes Verfahren, z. B. bloße Erörterung mit dem Vorsitzenden des Betriebsrates in solchen Fällen einführen kann (vergleiche Deneke in Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht 1923 Spalte 507 ff.). Aber dafür, daß hier eine solche Regelung getroffen war, liegt nichts vor; das Verfahren, das hier bei Zusammenhalt der Auslagen als erwiesen gelten kann, läßt sich also keinesfalls als ein im Sinne des § 86 Absatz 1 ausreichendes Vermittlungsverfahren auffassen. (Abgedruckt im Reichsarbeitsblatt Nummer 18. 1924 Seite 362).

Hiernach kommt es also auf eine Abmachung des Gruppenrates mit dem Unternehmer an, gegen die, weil sie der Wirtschaft dient und niemanden schadet, wohl kein Unternehmer Einwendungen machen dürfte. Auch dem Sinn des Gesetzes wird keine Gewalt angetan, im Gegenteil, es wird den praktischen Erfordernissen des Lebens angepaßt. Man sollte allerdings den Vorschlag von Bick Weigert wählen und eine Delegation von drei Personen bestimmen. Es wird sicher für sehr viele Betriebsvertretungen eine wesentliche Erleichterung sein, wenn sie sich in dieser Weise entlasten können, ohne der Sache und den Betroffenen zu schaden. Der Versuch, unseren Vorschlag in die Tat umzusetzen, wäre daher zu empfehlen, eine Rücksprache mit dem Vorsitzenden des Arbeitsgerichtes, wie dieser sich zu dieser Regelung stellen will, wäre vor Einführung der Änderung angebracht.

## Seltene Gegensätze.

Die Angriffe der Unternehmer sind in letzter Zeit in allen Ländern von ganz besonderer Heftigkeit. Trotz harter Kämpfe und langwieriger Verhandlungen müssen sich die Arbeiter noch manchmal Lohnherabsetzungen gefallen lassen oder vermögen die alten Sätze nur mit Mühe aufrecht zu erhalten oder zu erhöhen. Zu Tausenden treten die Arbeiter in Streik und zu Hunderttausenden werden sie ausgesperrt. Selbst in Ländern, wo der Achtstundentag für immer gesichert schien, versuchen die Unternehmer willkürlich und auf dem Wege gesetzlich zulässiger Ausnahmen die Arbeitszeit zu verlängern. Die Arbeitslosigkeit hat laut offiziellen Angaben der Gewerkschaften und Arbeitsnachweise in den meisten Ländern, wo sie in Frage kommt, zu Beginn des Jahres noch zugenommen und beträgt durchschnittlich nicht weniger als 10 Prozent. Die Teuerung, die während des ganzen Jahres 1924 Fortschritte machte, ist im Jahre 1925 noch nicht zum Stillstand gekommen. Wenn also auch da und dort die nominellen Löhne leicht gestiegen sind, so kann man angesichts der erhöhten Lebenskosten fast überall von einer Senkung der Reallöhne sprechen. Bei allen Verschlechterungsversuchen führen die Unternehmer vor allem das Argument der schlechten Wirtschaftslage ins Feld. Der große Ausschuß des Deutschen Arbeitgeberverbandes hat diese Ausrede auf eine Formel gebracht, indem er kürzlich nach eingehender Aussprache feststellte:

Die zur Hebung der Lebenshaltung erforderliche Hebung der Lebenshaltung kann nicht durch Erhöhung des Nominallohnes bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit, sondern nur durch Sparmaßnahmen in der Kalkulation und im Verbrauch, durch höchste Arbeitsleistung mit Verbilligung der Produktion und durch Bildung neuen Betriebs- und Sparkapitals gewährleistet werden!

Überall heißt es „billiger produzieren“ und als einziges Mittel werden zu diesem Zwecke Lohnherabsetzungen und Arbeitszeitverlängerungen angegeben.

Bevor wir einiges über diese Argumente sagen wollen, möchten wir an Hand einer Darstellung, bei der wir uns ausschließlich auf Material und Momente aus der kapitalistischen und bürgerlichen Presse stützen, einmal prüfen, ob, abge-

gegen von den wirklich ungünstigen Verhältnissen in gewissen Industrien, die allgemeine Wirtschaftslage der verschiedenen Länder so schlecht ist. Der amerikanische Staatssekretär Hoover, der sicher kein Illusionist ist und zudem den Vorteil hat, die Dinge aus einer gewissen Distanz zu sehen, sagt in einem Artikel „Wirtschaftliche Aussichten für das Jahr 1925“ unter anderem:

Noch nie seit Ende des Krieges waren die wirtschaftlichen Grundlagen der Welt so gut wie zu Beginn dieses Jahres. . . . Das Wirtschaftsleben Großbritanniens zeigt auf allen Gebieten eine wesentliche Gesundung. Die wirtschaftliche und industrielle Lage Frankreichs, Italiens und Belgiens hat sich im vergangenen Jahr zusehends verbessert. Polen hat seine Valuta stabilisiert; Jugoslawien, Finnland, Serbien, Estland, Litauen, Schweden und Norwegen weisen eine merkliche Stabilisierung von Handel und Industrie auf. Die Vereinigten Staaten verzeichnen besonders in der Landwirtschaft erfreuliche Fortschritte; die Exporte sind gestiegen, die Einfuhren gesunken. Trotz dreier Revolutionen kann in den Ländern des lateinischen Amerika zunehmender Wohlstand festgestellt werden. Die Verhältnisse in Ägypten, Südafrika, dem Kongo und andern Ländern des afrikanischen Kontinents bessern sich, das gleiche gilt für den nahen Osten, Asien und Japan. Alles in allem: fortschreitende Erholung!

Nachstehend einige Charakteristiken aus wichtigen europäischen Industrieländern:

**Belgien.** Die soeben veröffentlichten Ziffern über die Handelsbilanz zeigen, daß die Ausfuhren gestiegen sind. Während sich der Prozentsatz der Exporte im Jahre 1913 auf 73 stellte, betrug er im Jahre 1921 — 71,3, 1922 — 66,9, 1923 — 73,6 und 1924 — 79,2 Pzt. Der Prozentsatz der fabrikmäßig hergestellten Waren — auf diesem Produktionsgebiet sind am meisten Arbeiter beschäftigt — weist trotz des Achtstundentages folgende Steigerungen auf: 1913 — 165,2, 1922 — 120,9, 1923 — 158,4 und 1924 — 173,1 Prozent. In der Metallindustrie, wo kürzlich noch eine Lohnherabsetzung eintrat, greifen wir folgende zwei Beispiele heraus: Die Dividenden der „Ateliers Gillet“ stiegen von 12 Prozent im Jahre 1922 auf 14 Prozent im Jahre 1923 und 26 Prozent des Kapitals im Jahre 1924. Es wurden demnach in drei Jahren 52 Prozent des Kapitals als Dividenden ausgeworfen. Im Vergleich zum Jahre 1922 sind die Bruttogewinne der Metallwerke Prayon um das Sechsfache, die Dividenden um das Dreifache und die Tantiemen um das Siebenfache gestiegen.

**Deutschland.** In einer Liste der bis jetzt veröffentlichten Dividenden von 51 Unternehmen der Metall-Industrie, der Textilindustrie, des Bergbaus, der Tafelglas-Industrie, anderer Fabrikbetriebe und der Banken zeigt sich, daß 27 der Unternehmen 10 und mehr Prozent Dividenden auswarfen und kein einziges unter 5 Prozent. Die Beträge der Abschreibungen und Reserven sind äußerst hoch. Trotzdem die den deutschen Schiffsahrtsgesellschaften ausbezahlten staatlichen Entschädigungen angeblich niedrig waren, gibt ein Fachmann im „Berliner Tageblatt“ zu, daß sich nach Einführung der Goldbilanzen „keineswegs ein ungünstiges Gesamtbild ergebe“. Trotzdem die deutsche chemische Industrie ihre Monopolstellung auf dem Weltmarkt eingebüßt hat, ist die Lage „alles in allem genommen zufriedenstellend“. Die Großbanken, die jetzt allmählich mit ihren Goldbilanzen herausrücken, verzeichnen zum Teil märchenhafte Gewinne. Der Betrag der Rohgewinne der „Dresdner Bank“ belief sich auf 76,71 Millionen Mark bei einem Kapital von 78 Millionen, also rund 98 Prozent. Der Rohgewinn übertraf denjenigen des letzten Friedensjahres um 75 Prozent. Ein Gradmesser dafür, wie sich das Bankgeschäft und die Wirtschaft im allgemeinen im Jahre 1924 erholen konnten, ist die Steigerung der Kreditorenziffern (Einlagen, Guthaben). Diese Ziffer stieg von 189 auf 685 Millionen, d. h. sie verdreifachte sich. Während der Beamtenabbau rigoros durchgeführt wurde, bezahlte das Unternehmen an den Aufsichtsrat für seine „mühevollen Tätigkeit“ 252 974 Mark. Auch der Diskonto-Konzern verzeichnete Rohgewinne in der Höhe von 81,08 Millionen Mark. Die Zahl der Sparkonten hat sich in den Spar- und Girokassen Berlins im Februar um nicht weniger als 10 690 erhöht. Die Arbeiter, die immer noch in den ärmsten Verhältnissen leben, werden an dieser Erhöhung kaum stark beteiligt sein, hingegen ist sie ein Beweis für die Besserung der Verhältnisse im allgemeinen.

**Frankreich.** Die Wirtschaftslage Frankreichs ist besser als je. Seit dem Jahre 1875 sind die Exportüberschüsse nie mehr so umfangreich gewesen wie im letzten Jahr. Seit dem Jahre 1905 hat Frankreich zum erstenmal wieder eine aktive Handelsbilanz. Die riesigen Kapitalverschiebungen der „patriotischen“ Unternehmer ins Ausland sprechen eine beredte Sprache. Den Versicherungen belgischer Finanzleute zufolge, die diese Operationen genau verfolgen konnten, sind in letzter Zeit allein nach

Belgien mehr als 8 Milliarden in Sicherheit gebracht worden. Allein die vier Großbanken „Crédit Foncier“, „Comptoir National d'Escompte“, „Société Générale“ und „Banque de Paris et des Pays-Bas“ melden Geschäftsabschlüsse von 25 Milliarden pro Jahr.

**England.** Daß die Aussichten für England gar nicht so schlecht sind, haben wir an Hand der Ausführungen Hoovers erwahnt. Darüber können alle Klagen der englischen schutzollnerischen Presse nicht hinweg täuschen. Vor einigen Tagen noch hat Sir Eric Geddes in der 8. Generalversammlung der Föderation der britischen Industriellen als Präsident dieser Organisation eine eher optimistische Rede gehalten. Die Kohlenindustrie — das Sorgenkind der britischen Wirtschaft — die zurzeit allerdings in einer kritischen Lage ist und mit dem Hinweis auf den sichern Ruin alle Forderungen der Arbeiter ablehnt, hat schließlich in den letzten drei Jahren doch Gesamtgewinne in der Höhe von 52 750 000 Pfd. Sterling erzielt, während die Minimallohn auf 7 Schilling 6 Pence — 10 Schilling 8 Pence pro Tag stehen. Gerade im Falle Englands darf man auch dem Argument der schlechten Handelsbilanz nicht zu viel Bedeutung beimessen. Den anwachsenden Exportziffern steht allerdings ein wachsender Import gegenüber; die Handelsbilanz ist mit 7 Milliarden Goldmark passiv. Man darf aber dabei die unsichtbaren Ausfuhren, d. h. alle jene Einkünfte nicht vergessen, die der britischen Volkswirtschaft durch Reingewinne des Fracht- und Personentransportes, Gewinne von Bankhäusern, Versicherungsgesellschaften und Kapitalanlagen erwachsen. Die Summe dieser unsichtbaren Ausfuhren erreichte im Jahre 1923 annähernd jene Summe, um die die Handelsbilanz passiv war. Wenn sie schon im Jahre 1923 sechs Milliarden betrug, dürfte sie im Jahre 1924 sicher nicht geringer sein. Selbst der „Daily Telegraph“ sagt, daß England trotz des Mißverhältnisses von Ein- und Ausfuhr im Jahre 1924 in der Lage gewesen sei, eine beträchtliche Summe aus seinen überschüssigen Einkünften in Uebersee anzulegen. Dessen ungeachtet stehen die Unternehmer die Arbeiter an, sie sollen auf eine Verbesserung der Lebenshaltung verzichten, und die Konkurrenzfähigkeit der Industrie nicht unterminieren.

Wenn man bedenkt, daß trotz dieser rosigen Bilder einzelne Wirtschaftszweige unter schweren Depressionen leiden, so ist dies u. a. vor allem ein Zeichen für die ungesunde und willkürliche Organisation der Produktion im allgemeinen. Will man diese seltzamen Gegenfälle erklären, so muß man in erster Linie auf den zersetzenden Faktor der Spekulation hinweisen. Mit den zurzeit auf den verschiedensten Produktionsgebieten wieder intensiv einsetzenden Kartell- und Trustbildungen und den damit verbundenen Unsicherheiten geht die Spekulation in Rohstoffen und Effekten Hand in Hand. Ein Musterbeispiel für diese Entwicklung ist die kürzlich eingetretene Getreide-Baisse. Die vorangehende gewaltige Haufe, die das ganze Jahr 1924 andauerte, erfolgt teilweise im Gegensatz zu den wirklichen Verhältnissen auf dem Weltmarkt. Soviel auch von Befürchtungen über die Unzulänglichkeit der europäischen Broterzeugung gesprochen wurde, es war doch Tatsache, so schreibt die Handelszeitung des „Berliner Tageblatt“, daß „in keinem einzigen Lande sich zu irgendeiner Zeit seit dem vorigen Jahre eine wirkliche Knappheit von Ware hätte nachweisen lassen“. Trotzdem stieg die Kurve der Getreidepreise in New York in einem einzigen Monat um 28 Punkt und erreichte Ende Januar den Höchststand von 204 Cents per Bushel. Auf dem Wollmarkt in Bradford (England) wurden seit letzten Dezember infolge einer Baissekrise wöchentlich ca. eine Million Pfd. Sterling Verluste gebucht, was auf die ganze Wollindustrie zurückwirkte und ihre Lage unsicher gestaltete. Folgen der Spekulation! Die hohen Gewinnsummen der Banken setzen sich natürlich auch zum großen Teil aus Spekulationsgewinnen zusammen.

Als zweiter Faktor, der als Erklärung der Gegenfälle innerhalb der verschiedenen staatlichen Wirtschaftseinheiten in Betracht kommt, ist die überall einreißende Schutzzollpolitik verantwortlich zu machen. Schon jetzt zeigt es sich, daß der Protektionismus die in ihn gesetzten Hoffnungen wieder einmal nicht erfüllen wird. Trotzdem kann das Problem aber nicht einfach mit der Parole „Freihandel oder Schutzzoll“ abgetan werden, ganz abgesehen davon, daß sich selbst in sozialistischen Kreisen noch nicht überall eine einheitliche Stellungnahme herausgebildet hat; ist doch kürzlich sogar der englische Genosse Wheatley gegen das Freihandelsideal zu Felde gezogen, um die englische Arbeitskraft vor der Schmutzkonkurrenz des Auslandes zu schützen, während die Arbeiterpartei im Parlament gegen die konservative Schutzzoll-Politik auftritt. Der Londoner Korrespondent der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ sagt in diesem Zusammenhang ganz richtig:

Der Schutz der heimischen Arbeitskraft vor der Konkurrenz kann nur gefunden werden in einem entsprechenden Schutz der ausländischen vor der Ausbeutung. . . . Hier ist die Gelegenheit, vor den englischen Arbeitern und auch vor der englischen Bourgeoisie die ungeheure Bedeutung einer internationalen gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit aufzuzeigen.

Die kürzlich erfolgte Bestellung von fünf Motorschiffen in Deutschland, die auch den britischen Industriellen in die Knochen gefahren ist, weil es nicht nur um die Löhne der Arbeiter, sondern auch um ihre Gewinne geht, hat genügt, um die Unternehmer wachzurütteln. Auf einer gemeinsamen Konferenz der Schiffsbauunternehmer und Arbeiter trat z. B. ein Unternehmer dafür ein, daß der Regierung vorgeschlagen werde, „internationale Schritte zu unternehmen, um die 8-Stundenwoche in Deutschland und Holland zu sichern“. So lange ihr Geldsack nicht in Gefahr war, standen die englischen Unternehmervertreter in den Arbeitskonzernen in Genf der Ratifizierung der 8-Stundentag-Konvention ziemlich kühl gegenüber. Nun entdecken sie plötzlich ihr internationales Herz, und zwar aus rational-wirtschaftlichen Gründen.

In der im vorhin erwähnten Zitat der „Wiener Arbeiterzeitung“ angedeuteten Richtung liegt auch die Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit. Daß in vielen Ländern große Arbeitslosigkeit herrscht und trotzdem alles in allem genommen nicht von einer schlechten Wirtschaftslage gesprochen werden kann, deutet darauf hin, daß nicht nur Angebot und Nachfrage an sich eine Rolle spielen, sondern daß diese Faktoren auch durch die gute oder schlechte Organisation der Industrie und Produktion bedingt sind. Und damit kommen wir zu einem der wichtigsten Punkte: die Produktion! Alle Unternehmer legen besonders Nachdruck auf die Parole: billiger produzieren! In der Angabe von Mitteln beschränken sie sich auf Vorschläge betr. Lohnherabsetzungen und Arbeitszeitverlängerungen. Demgegenüber muß immer wieder festgestellt werden, daß die Produktion auf die Dauer vor allem durch Verbesserung des Produktionsapparates verbilligt werden kann. Wenn es sich um den Fall eines andern Landes handelt, geben dies sogar die Kapitalisten manchmal zu. So schreibt der Londoner Wirtschaftskorrespondent in einem Artikel „Die bestausgerüstete Nation“ u. a., daß, wenn England trotz der Besserung der Weltwirtschaftslage immer noch unter 11.5 Prozent Arbeitslosigkeit leide und sein Anteil an der Versorgung der Welt mit industriellen Fertigfabrikaten immer weiter zurückgehe, einer der wichtigsten Gründe „die Rückständigkeit der Organisation und Ausrüstung der Industrie sei“. Wenn die deutsche Landwirtschaft nach Schutzzöllen schreit, erwidern die Sozialisten ganz richtig: „Wir hören nichts von der Aufforderung an die Landwirte, intensive Bodenbearbeitung und planmäßige Bodenverbesserung zu betreiben. Wo bleibt die Verwendung zweckmäßiger Maschinen, der Ausbau der landwirtschaftlichen Schulen?“

An Hand eines Artikels des Blattes „Der Deutsche“ über die elektrotechnische Industrie kann vielleicht am besten gezeigt werden, wie der Fall liegt. Der Verfasser sieht das Heil in der Qualitätsware und sagt:

Wir werden nur durch Lieferung von Qualitätsware wiederum größeren Einfluß auf dem Weltmarkt gewinnen. In den Nachkriegsjahren ist seitens unserer Industrien viel Schund geliefert worden. Das muß wieder gutgemacht werden. Aber Qualitätsware setzt Qualitätsarbeiter voraus.

Ganz richtig! Erhält man aber Qualitätsware, indem man die Arbeiter durch schlechte Löhne und lange Arbeitszeiten physisch und geistig schwächt?

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß entgegen dem von den Unternehmern bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit angeführten Allerwelts-Argument der schlechten Wirtschaftslage und entgegen den nach rein propagandistischen Erwägungen orientierten Schlussfolgerungen der Kommunisten, die aus jedem wirtschaftlichen Symptom eine Zusammenbruchstheorie zimmern und zu Generalstreik und Revolution blasen, die allgemeine Lage in Wirklichkeit ruhiger ist, als man annimmt, und die Arbeiter deshalb gut darauf tun, wenn sie in richtiger Einschätzung der Möglichkeiten und Wirklichkeiten eine gesunde Taktik formulieren, ohne sich dabei von rechts einschüchtern oder von ganz links zu oberflächlichen Parolen verleiten zu lassen.

## Das erste Jahr Gewerkschaftsbank.

Die den freien Gewerkschaften gehörige „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G.“, die am 31. Mai vorigen Jahres aus der „Deutschen Kapitalverwertungs-Gesellschaft“ hervorging, erstattet soeben ihren ersten Tätigkeitsbericht. Sie führt darin aus:

Das entscheidende Moment für die gesamte Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1924 ist die unmittelbar vorangegangene Hemmung der Geldentwertung; der tatsächliche Lauf der Dinge hat alle die gerauscht, die der Auffassung waren, daß das Aufhören der Inflation die Klärung der wirklichen wirtschaftlichen Verhältnisse und Kräfte im unmittelbaren Gefolge haben müsse. Tatsächlich stand noch fast das ganze erste Viertel des Jahres unter den Nachwirkungen der letzten Inflationsperiode. Auf der einen Seite ließ die schnelle Aufwärtsbewegung der Preise sich nicht mit einem Ruck abstellen, auf der anderen Seite konnten weite Kreise nicht nur der Konsumenten, sondern auch der Wirtschaft selbst nicht mit der gebotenen Schnelligkeit das richtige Augenmaß für die plötzlich verteilten Zahlen finden. Dazu kam der Optimismus vieler, die glaubten, nachdem erst eine gewisse Beständigkeit der Währung da war, sei auch wieder eine Basis für die Gesundung innerlich bereits zum Absterben verurteilter Unternehmen da. Das alles bewirkte zunächst eine vorübergehende Wirtschaftsbelebung, der erst gegen die Mitte des Jahres eine um so schlimmere Enttäuschung folgte. Die Gesundungstriebe, wie sie nunmehr landläufig genannt wird, setzte mit voller Wucht ein, das Wirtschaftsleben schleppte und stockte allenthalben, die Zahl der Konturze, Betriebseinstellungen und Verkleinerungen schwoll an und damit stieg die Arbeitslosigkeit. Bis zum Schlusse des Jahres konnte eine wirklich durchgreifende Wenderung nicht erzielt werden, wenn sich auch, nachdem erst durch die Regelung der großen außenpolitischen Probleme ein gewisser Boden für sichere Verhältnisse geschaffen worden war, kleine Anläufe zur Besserung geltend machten. Klar ist jedenfalls, daß die Krise, an deren Ende ein Wiedererstarten der deutschen Wirtschaft stehen möge, noch längt nicht abgeschlossen ist, sondern noch eine geraume Zeit und voraussichtlich eine nicht geringe Anzahl von Opfern erfordern wird.

Ein besonders von unserem Gesichtspunkt aus wichtiges Ergebnis hat aber bereits das Jahr 1924 gezeitigt. Während der Zeit der stetig fortschreitenden Geldentwertung war das Kräfteverhältnis zwischen allen jenen öffentlichen und privaten Institutionen, die hinsichtlich ihrer Finanzierung auf regelmäßig wiederkehrende Beiträge gestellt sind, zu der privaten Wirtschaft mehr und mehr zu Ungunsten der ersteren verschoben worden. Sie alle hatten nicht, wie die private Wirtschaft, die Möglichkeit, die aufkommenden Gelder mit der gebotenen Schnelligkeit aufzunehmen und durch wertbeständige Anlage zu erhalten, so daß sie nach dem Verlust des früheren Vermögens auch keine Wege des Wiederaufbaus vor sich sahen. Darin trat mit der Befestigung der Währung eine entscheidende Wendung ein. Durch sie trat wieder die nicht zu unterschätzende Kraft in die Erscheinung, die jeder Institution innewohnt, der regelmäßige, wenn auch, im einzelnen gesehen, kleine Beiträge eines großen Kreises gesichert sind. Reich und Staat als Steuerempfänger, soziale und kulturelle Verbände fanden wieder Boden und konnten den Anfang machen mit dem langsamen Aufbau ihrer wirtschaftlichen Stellung.

Diese Tatsache mußte sowohl für die Deutsche Kapitalverwertungs-Gesellschaft m. b. H. als auch für die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. von ausschlaggebender Bedeutung sein. Nicht nur ihre Gründer, die Gewerkschaften, sondern auch die darüber hinaus für sie nach dem Gründungsgedanken in erster Linie in Frage kommenden Kunden gehören den letztbezeichneten Kreisen an. Durch die, an den Vorkriegsverhältnissen gemessen, freilich sehr bescheidene Kapitalsammlung ist die Bank in den Besitz von gewissen Mitteln gekommen, die ihr die Möglichkeit gaben, einen ersten Anfang mit der Erfüllung ihrer Aufgaben zu machen. Sie konnte, soweit die gebotene Rücksicht auf eine unerläßliche Liquidität das gestattete, im Wege der kurzfristigen Kreditgewährung an Konsumgenossenschaften, soziale Bau- und Siedlungsgenossenschaften, Kommunalverbänden, soziale Versicherungsanstalten und dergleichen dazu beitragen, daß das von der Arbeitnehmerschaft zusammengetragene Geld den sozialen Interessen derselben Bevölkerungsschichten zugute kam. Hierin erblickt die Verwaltung überhaupt ihre vornehmlichste Aufgabe. Sie glaubt damit eine Lücke ausfüllen zu können, die notwendigerweise bestehen mußte, solange ein Finanzinstitut fehlte, das auf Grund enger Verbindung mit den erwähnten Institutionen und ihrem Mitgliederkreise besser als jedes andere in der Lage ist, Möglichkeit, Notwendigkeit, vor allem aber auch Sicherheit derartiger Kredite zu übersehen. Daß gerade die Frage der Sicherheit in jedem einzelnen Falle einer besonders gründlichen Prüfung unterzogen wird, ist nicht nur im Interesse der Geldgeber und Aktionäre, sondern letzten Endes auch im Interesse der Kreditnehmer selbst gelegen.

Die Verwaltung ist sich darüber klar, daß die Betonung gerade der vorerwähnten Aufgabe für sie das Aufgeben mancher Verdienstmöglichkeiten bedingt, die anderen Bankgeschäften zur Verfügung stehen, sie ist aber der Ueberzeugung, daß für sie weniger die Erwirtschaftung großer Gewinne, als die Förderung sozialer Zwecke Ziel sein muß.

Die in der beigefügten Bilanz unter Gläubiger und auf der anderen Seite unter Schuldner ausgewiesenen Zahlen geben einen Ueberblick über die per 31. Dezember 1924 bestehenden Möglichkeiten und ihre Ausnutzung im Sinne vorstehender Erläuterungen. Die Vorsicht, mit der bei der Kreditgewährung vorgegangen worden ist, hat Verluste vermeiden lassen, trotzdem ist für alle Fälle unter dem Posten Gläubiger ein angemessener Betrag in Reserve gestellt worden.

Das Bestreben eines größeren Teiles unserer Kundschaft, einen Teil der Geldeingänge in sicheren Papieren als besondere Reserve anzulegen, gab uns Gelegenheit, uns in Effetengeschäften zu betätigen. In Frage kamen dabei in erster Linie festverzinsliche Papiere mit bester Deckung. Wir glauben, daß bei weiterem folgerichtigen Zusammenarbeiten auch für die Zukunft auf diesem Gebiete gute Möglichkeiten gegeben sind.

Der in der Bilanz unter „Eigene Wertpapiere“ ausgewiesene Betrag beruht auf einer vorsichtigen Bewertung und hält sich nicht unwesentlich unter dem Börsenkurs vom 31. Dezember 1924.

Einen weiteren Teil der verfügbaren Gelder hat die Bank in erstklassigen, jederzeit rediskontierbaren Handels-Wechseln angelegt, während der Rest im Interesse der Liquidität als Guthaben bei Bankinstitutionen gehalten wurde.

Die Kosten der Einrichtung der Bank, die infolge des Bestrebens, der Bank die neuesten technischen Errungenschaften zunutze zu machen, nicht unbeträchtlich waren, sind über Handlungskosten bis auf 1 Mark abgedacht worden.

Die am 30. März abgehaltene Generalversammlung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. genehmigte einstimmig die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung. Aus der Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dez. 1924 ergibt sich ein Rohgewinn von 229 061,40 Mark. Nach Abzug der Handlungskosten verbleibt ein Reingewinn von 139 556,38 Mark. Die Handlungskosten selbst betragen 89 505,02 Mark und stellen sich, verglichen mit den in den bis jetzt veröffentlichten Geschäftsberichten der privaten Bankinstitute gemachten Angaben, erfreulich niedrig. Von dem Reingewinn werden 75 000 Mark dem gesetzlichen Reservefonds und 25 000 Mark einem Spezialreservefonds überwiesen. 2 056,38 Mark werden auf neue Rechnung vorgetragen. Die Dividende beträgt 10 Prozent und erfordert rund 37 500 Mark.

In der Bilanz selbst werden aufgeführt: Kasse und fremde Geldorten mit 153 104,37 Mark, Wechsel mit 262 343,39 Mark, Kostguthaben bei Banken und Bankfirmen 5 073 713,33 Mk., Schuldner mit 4 441 027,97 Mark, eigene Wertpapiere mit 876 690,25 Mark. Auf der Passivseite werden die Gläubiger mit 9 417 324,93 Mark angegeben (davon 5 473 926,25 Mark an laufender Rechnung). Das Aktienkapital selbst macht 750 000 Mark (750 Aktien à Nominal 1000 Mk.) aus.

Die vorgenommene Neuwahl führte zur einstimmigen Wiederernennung des bisherigen Aufsichtsrats. In einer der Generalversammlung folgenden konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats wurde zum Vorsitzenden Genosse Theodor Leipart, Vorsitzender des ADGB., und Genosse Siegfried Aufhäuser, Vorsitzender der AFA., zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

## Die hessische Regierung gegen jede Tabaksteuer- und Zollerhöhung.

Kollege Kiel hat in Gemeinschaft mit der gesamten sozialdemokratischen Fraktion im Hessischen Landtag nachfolgenden Antrag eingebracht:

Der Reichsminister der Finanzen hat dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat den Entwurf eines Gesetzes über Erhöhung der Tabaksteuer zur Begutachtung unterbreitet. Nach diesem Entwurf soll die Bandensteuer für Zigarren und Pfeifentabak von 20 auf 25 Prozent, für Zigaretten und Feinschnitt von 40 auf 50 Prozent, für Raufabak von 5 auf 10 Prozent und für Schnupftabak von 10 auf 15 Prozent des Kleinverkaufspreises erhöht werden. Dieses bedeutet eine Steigerung der jetzigen Tabaksteuerfäße um 25—100 Prozent.

Besonders die Tabakerzeugnisse der niedrigen Preislagen, die von den minderbemittelten Bevölkerungsschichten verbraucht werden, sollen in erhöhtem Maße zur Steuer herangezogen werden. Verschärft wird der unsoziale Charakter des Regierungsentwurfes noch dadurch, daß der Eingangszoll für einen Doppelzentner Rohtabak von 30 auf 80 Mark erhöht werden soll.

Nach den Einnahmen zu urteilen, die in den letzten Monaten durch die Tabaksteuer bei den jetzigen Sätzen aufgebracht worden sind, wird die Tabaksteuereinnahme im laufenden Rechnungsjahr rund 500 Millionen Reichsmark betragen. Das sind bereits 140 Millionen Reichsmark mehr, als die Regierung im Voranschlag selbst eingestellt hat. Nach dem neuen Regierungsentwurf soll jedoch die jährliche Tabaksteuereinnahme 650 Millionen Reichsmark betragen. Also 320 Millionen Reichsmark mehr, als für das laufende Rechnungsjahr veranschlagt worden sind. Die Einnahme durch den Tabakzoll wird im laufenden Rechnungsjahr voraussichtlich 25 Millionen Reichsmark betragen. Nach dem neuen Entwurf rechnet die Regierung mit einer jährlichen Tabakzolleinnahme von rund 58 Millionen Reichsmark oder 33 Millionen Reichsmark mehr als bisher.

Es gibt wohl kaum ein Gewerbe, das so häufig von Zoll- und Steuererhöhungen in Mitleidenschaft gezogen wird, wie gerade die Tabakarbeiterschaft. Jede Erhöhung der Zoll- und Steuerfäße auf Tabak führt zu einer Preissteigerung der Tabakerzeugnisse und bedingt eine Minderung des Reallohnens. Die Folge davon ist Produktionsrückgang. Dieses bedeutet für die Tabakarbeiter Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.

Die in Hessen und jenseits des Rheins Tabakarbeiter und -arbeiterinnen in der Tabakindustrie beschäftigt.

Die in der Tabakindustrie Beschäftigten sind so zahlreich, daß sie für das Gewerbe, insbesondere aber für die Tabakarbeiter

auch für Hessen untragbar sind. Eine große Arbeitslosigkeit würde auch unter den hessischen Tabakarbeitern eintreten. Not, Elend, Hunger würde für die an und für sich nicht auf Rosen gebetteten Tabakarbeiter und -arbeiterinnen die Folge sein.

Die hessische Regierung hat deshalb alle Ursache, ihren ganzen Einfluß bei der Reichsregierung geltend zu machen, damit jede weitere Zoll- und Steuererhöhung abgelehnt wird.

Sollten die gesetzlichen Körperschaften trotz aller sachlichen Gründe die Zoll- und Steuerpläne der Reichsregierung verwirklichen, so haben sie auch die moralische Verpflichtung, für die Opfer ihrer Zoll- und Steuerpolitik zu sorgen. Mit der Erwerbslosenfürsorge in ihrer jetzigen Form werden sich die Tabakarbeiter dann nicht zufrieden geben können. Auch in dieser Richtung muß die hessische Regierung wirken, um die Tabakarbeiter vor der bittersten Notlage zu bewahren.

Wir beantragen:

1. Der Landtag wolle beschließen, die hessische Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß jede weitere Erhöhung des Tabakzollens und der Tabaksteuer unterbleibt und die bisher unterbreitete Vorlage zurückgezogen wird.
2. Sollte die Vorlage dennoch Annahme finden, zu verlangen, daß das Tabaksteuergesetz dahingehend ergänzt wird, daß alle durch die Tabakzoll- und Steuererhöhung geschädigten Tabakarbeiter und -arbeiterinnen ausreichend unterstützt werden.

Obwohl dieser Antrag noch nicht zur Debatte stand, sprach sich der hessische Finanzminister Heinrich in seinem Finanzexpofé dahingehend aus, daß die hessische Regierung einmütig jede weitere Tabaksteuer und Zollerhöhung ablehne. Mit allem Nachdruck werde sie bei der Reichsregierung dafür eintreten, daß die Steuer und Zollerhöhung abgelehnt wird. Sollte dennoch eine weitere steuerliche Belastung erfolgen, so werde sie im Sinne des Antrages Kiel, den sie voll und ganz decke, dafür eintreten, daß den durch die Steuer und Zollerhöhung geschädigten Tabakarbeitern eine ausreichende Unterstützung zuteil werde.

Würden alle Länderregierungen mit derselben Entschiedenheit auftreten, dann müßte unseres Erachtens nach die Vorlage der Reichsregierung abgelehnt werden.

## Gewerkschaftliches.

### Die Gewerkschaftsvertreter beim stellvertretenden Reichspräsidenten.

Der stellvertretende Reichspräsident Dr. Simons hat am 3. April Vertreter der Hirsch-Dunckerschen, der christlichen und der freien Gewerkschaften empfangen, um sich über die Stimmung innerhalb der Arbeiterschaft zu informieren. Vom ADGB waren Graßmann, Hermann Müller, Spliedt und Eggert, vom AFA-Bund Aufhäuser erschienen. Einleitend gab Graßmann ein sehr deutliches Bild über die Stimmung in den Kreisen der Lohn- und Gehaltsempfänger. Wenn auch seit Einführung der festen Währung eine gewisse Entspannung eingetreten sei, so befänden sich doch selbst die in Arbeit stehenden Arbeiter in einer sozialen Bedrängnis. In zahlreichen Industrien entspreche die Kaufkraft des Lohnes nicht dem Vorkriegsstand. Schuld daran sei das Beharren der deutschen Industrie auf den aus der Inflationszeit gewohnten Kalkulationsmethoden. Volkswirtschaftlich gesünder und politisch klüger sei es, auch den breiten Schichten Ersparnisse zu ermöglichen. Die Summe dieser Ersparnisse sei der Produktionshebelung günstiger. Dieser wünschenswerte Zustand ließe sich aber nur herbeiführen, wenn der Lohnstopp Einhalt geboten werde. Die Belastung der breiten Masse mit direkten Steuern sei um so unerträglicher, als die Vermögenssteuer abgebaut werde. Hierzu trete die scharfe indirekte Belastung durch Umsatzsteuer und Zölle. Sie werde noch verschärft durch Lohnsteuerzuschläge. Obschon die sozialen Lasten gewachsen seien, führten verschiedene Erscheinungen der letzten Zeit zu dem Schluß, daß die Regierung dem Drängen der Unternehmer auf Abbau der Sozialpolitik keinen Widerstand entgegensetze.

Genosse Spliedt erläuterte eingehend, daß die Berichte der Unternehmer über die unerträgliche soziale Belastung der Produktion keineswegs den Tatsachen entsprächen. Er schilderte die volkswirtschaftliche Gefahr einer weiteren Mietssteigerung. Genosse Eggert behandelte den verhängnisvollen Einfluß der Industrie und der Landwirtschaft auf das Zustandekommen der Handelsverträge und schilderte die bedenkliche Auswirkung der internationalen Vertristung an der Hand von Beispielen. Genosse Aufhäuser schilderte die Lage der Angestellten, die unter der Deflationsskrise besonders zu leiden haben, und begründete die beschleunigte Schaffung der Arbeitslosenversicherung. Die Lohnsteuer sei in den letzten Monaten automatisch immer weiter gestiegen. Eine Senkung der Lohnsteuer und die Herabsetzung der Grenze für das steuerfreie Einkommen müsse sofort erfolgen. Die Schaffung des endgültigen Reichswirtschaftsrats müsse sofort vor sich gehen.